SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Oberhausen

Rathaus Oberhausen
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen

SPD-Fraktion · Rathaus · Schwartzstraße 72 · 46042 Oberhausen

Telefon:
(0208) 825 2104,
825 3460 und
825 3479
Telefax:
(0208) 2 48 83

E-Mail:
buero@spd-fraktion-oberhausen.de
Internet:
www.spd-fraktion-oberhausen.de

Abschlusserklärung

der SPD-Fraktion

zum

Haushalt 2014

Wolfgang Große Brömer MdL
Vorsitzender

Oberhausen, 11.11.2013

Es gilt das gesprochene Wort!

SPD Oberhausen

Anrede,

am 25. Juni 2012 haben wir den ersten städtischen Haushaltsplan auf der Grundlage des Stärkungspaktes verabschiedet. Damals habe ich in der Haushaltsrede formuliert: „Mit den heutigen Entscheidungen stehen wir erst am Beginn eines Prozesses. Es ist unrealistisch, anzunehmen, dass ein Haushaltssicherungsplan für 10 Jahre zielgenau und ohne Korrekturnotwendigkeiten verabschiedet werden kann."

Wir alle haben vor anderthalb Jahren sicherlich nicht ahnen können, dass erste wesentliche Korrekturen bereits mit der Verabschiedung des Haushaltsplans 2014 notwendig werden würden.

Die Korrekturnotwendigkeit hat zwei Ursachen: erstens das schlechte Ergebnis der Gewerbesteuer mit einem Rückgang in zweistelliger Millionenhöhe und zweitens die Reduzierung der Landesmittel durch die Neuverteilung der Stärkungspaktmittel.

Auf die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen haben wir leider keinen direkten Einfluss. Wir sind abhängig von der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Unternehmen, aber auch von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung in unserem Land. Die Wirtschaftsdaten sprechen für eine konjunkturelle Verbesserung im nächsten Jahr, daher ist davon auszugehen, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen in 2014 stabilisieren und die Planzahlen korrekt sein werden.

Die Neuverteilung der Landesmittel ist zweifellos eine schwere zusätzliche Belastung. Unser Wunsch, bis zum ersten Haushaltsausgleich einen Aufschub um zwei Jahre bis 2018 zu erhalten, konnte trotz harter und umfangreicher Verhandlungen auf verschiedensten Ebenen mit der Gemeindeaufsicht nicht erreicht werden. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Und auch die Prüfung einer möglichen Klage gegen die Neuverteilung der Stärkungspaktmittel verspricht keinen wirklichen Erfolg. Im Gegenteil: Zwar könnte ein Prozess vor dem Hintergrund der intransparenten Datenbasis durchaus gewonnen werden. Bei einer vollständigen Neuberechnung würden jedoch andere, für Oberhausen ungünstigere Jahresabschlüsse die Grundlage für die Berechnung der

strukturellen Lücke bilden. Das Ergebnis wäre ein klassischer Pyrrhus-Sieg: Klage gewonnen, aber eine erhebliche Reduzierung der Landeszuschüsse.

Deshalb ist die Verschiebung des ersten Haushaltsausgleichs um ein Jahr ein gutes Verhandlungsergebnis, für das ich mich bei Apostolos Tsalastras, Jürgen Schmidt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich bedanken möchte.

Die bittere Pille, die dazu geschluckt werden muss, ist die Anhebung der Grundsteuer B um 30 Hebesatzpunkte im Jahre 2017. Die Zustimmung dazu fällt sicherlich niemandem leicht, es existiert aber keine sinnvolle Alternative. Zumal Oberhausen selbst nach dieser Erhöhung im interkommunalen Vergleich nicht an der Spitze der Hebesätze stehen wird. So hat die Stadt Duisburg bereits in diesem Jahr einen Hebesatz, der mit 695 Punkten 25 Hebesatzpunkte über dem Oberhausener Hebesatz im Jahre 2017 liegt!

Anrede,
wer eine verantwortungsvolle Politik betreiben möchte, muss gerade in schwierigen Zeiten bereit sein, Verantwortung zu übernehmen und – wenn nötig – auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Wir Sozialdemokraten waren nie eine Schönwetterpartei, sondern haben stets, wenn die Notwendigkeit bestanden hat, im Interesse unserer Heimatstadt auch unbequeme Entscheidungen, für die man keinen stürmischen Beifall erhält, getroffen.

So auch jetzt, in dieser Situation: Nur mit der Genehmigung des Haushaltes und des Haushaltssanierungskonzeptes erreichen wir wieder die Handlungsspielräume für die Beteiligung an Fördermaßnahmen, für die Initiierung von Stadtentwicklungsprojekten und für die Fortsetzung unserer bereits begonnenen Maßnahmen zur Stabilisierung und Optimierung der Infrastruktur im Bildungs-, Sozial-, Kultur- und Sportbereich.
Es gilt, die Chancen für die Gestaltung der Zukunft Oberhausens zu erkennen und sie zu nutzen!

Deshalb werden wir mit der Entscheidung für die Zusammenlegung der Job-Center in einem Gebäude an der unteren Marktstraße einen wichtigen Impuls für die Stabili-

sierung der Marktstraße setzen. Hier erwarten wir die gleichen positiven Effekte wie wir sie seinerzeit mit dem Technischen Rathaus in Sterkrade erzielt haben.

Das neue Jugendzentrum an der Lothringer Straße – finanziert mit Fördermitteln des Landes und verbunden mit einer neuen Konzeption kommunaler offener Jugendarbeit – wird einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung sozialer Strukturen in der Innenstadt leisten.

In Osterfeld ergeben sich endlich neue Chancen und Perspektiven für das Gelände um HDO und Gartendom. Attraktives – auch altengerechtes – Wohnen in direkter Nachbarschaft zur OLGA wird den Stadtteil Osterfeld zusätzlich stärken.
Dabei muss klar sein: Ob der Gartendom mit seiner einmaligen Architektur erhalten werden kann, wird wesentlich von der Wirtschaftlichkeit einer Folgenutzung abhängen.

In Sterkrade wollen wir mit dem Umzug der Stadtteilbibliothek in die ehemalige Filiale der Stadtsparkasse endlich einen barrierefreien Zugang auf einer Ebene erreichen. Mit der Perspektive der Errichtung eines altengerechten Wohnens am alten Standort der Bibliothek erwarten wir eine Stärkung des Wohnens im engeren Innenstadtbereich von Sterkrade.

Anrede,
im Zusammenhang mit diesen und anderen Stadtentwicklungsprojekten ist in den letzten Tagen und Wochen immer wieder der Stellenwert von Bürgerbeteiligung angesprochen und diskutiert worden.
Die SPD-Fraktion hat in der Vergangenheit stets Wert darauf gelegt, bei wichtigen Planungen und Entscheidungen die Oberhausener Bevölkerung einzubinden. Das war bei der breit angelegten Diskussion zum Regionalen Flächennutzungsplan und zum integrierten Stadtentwicklungskonzept der Fall, das wurde praktiziert mit Bürgerversammlungen und zusätzlichen Bürgerbefragungen im Zusammenhang mit den Haushaltssicherungsmaßnahmen und es ist längst selbstverständliche Tradition bei den regelmäßigen Bürgerversammlungen und Bürgerfragestunden der Bezirksvertretungen.

Daher erwarten wir von der Verwaltung für die genannten Stadtentwicklungsprojekte ein Beteiligungskonzept, das den Oberhausener Bürgerinnen und Bürgern die Mitsprache bei der konkreten Umsetzung der Projekte ermöglicht. Moderierte Stadtteilkonferenzen und Workshops mit umfassenden Möglichkeiten zur Information und Diskussion scheinen uns geeignete Maßnahmen zu sein.

Dabei zeigt die Diskussion um den John-Lennon-Platz, dass es trotz zahlreicher Diskussionen in verschiedenen Gremien, trotz mehrerer Gutachten nicht immer gelingt, jeden Einzelnen in diesem Entwicklungsprozess mitzunehmen.

Und damit ist eine zentrale Grundsatzfrage unserer repräsentativen Demokratie berührt: Wie ist der Abwägungsprozess zwischen dem Interesse Einzelner und dem Gesamtinteresse der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten und zu gewichten? Auf diese Frage werden alle Parteien in den nächsten Monaten ihre eigene Antwort finden müssen.

Die SPD-Fraktion ist sich da ausnahmsweise einig mit dem Bayern Horst Seehofer, der das Problem salopp so beschreibt: „Dem Volk auf's Maul schauen: Ja – nach dem Maul reden: Nein!"

Anrede,
die SPD-Fraktion hält daran fest: Für eine verantwortungsvolle Politik kann das schnelle Produzieren von fetten Schlagzeilen keine Alternative sein zu einer mühevollen, manchmal unpopulären Entscheidung, die aber der nachhaltigen Zukunftsfähigkeit unserer Heimatstadt dient. Und deswegen haben bei der gleich noch im Detail erfolgenden GMVA-Diskussion der Erhalt der 200 Arbeitsplätze und die Bestandssicherung der GMVA für uns die oberste Priorität!
Und darin sind wir uns einig mit den Duisburger Ratskolleginnen und –kollegen – gerade auch mit denen der Duisburger CDU-Fraktion!

Anrede,
mit der Verabschiedung des Haushaltes und des Haushaltssanierungsplans 2014 haben wir die Perspektive und die Möglichkeit, mit viel Kreativität und mit vollem Einsatz die Entwicklung von Oberhausen weiter nach vorn zu bringen – im Interesse

der Menschen, die im schönen Oberhausen leben und arbeiten. Wir laden jede Bürgerin und jeden Bürger dazu ein, mit Ideen und Anregungen mitzuwirken und bei der Umsetzung mitzuarbeiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen ein herzliches Glück auf!

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen | Schwartzstraße 72 | 46045 Oberhausen

„Die neue Ära ist bereits wieder zu Ende."

Rede
des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Oberhausen,
Stadtv. Daniel Schranz,

zum Haushalt 2014

Ratssitzung 11. November 2013

- Es gilt das gesprochene Wort -

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen
Rathaus
Raum 256
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen
Telefon 0208 825-2135/-2719
Telefax 0208 803903
fraktion@cdu-oberhausen.de
www.cdu-oberhausen.de
Fraktionsvorsitzender
Daniel Schranz M.A.
Fraktionsgeschäftsführer
Hannes Fritsche | Christian Benter
Stadtsparkasse Oberhausen
BLZ 365 500 00 | Konto 129 759
Volksbank Rhein-Ruhr eG
BLZ 350 603 86 | Konto 4 363 700 004

Anrede,

„Die Genehmigung unseres Haushaltssanierungplans markiert [...] den Beginn einer neuen Ära." Fast genau ein Jahr ist dieses Zitat alt. Damals haben Sie, Herr Oberbürgermeister, mit der Genehmigung der Regierungspräsidentin in der Hand ein neues Zeitalter ausgerufen: eine **neue Ära der grundlegenden Haushaltssanierung** und der vollen kommunalen Selbstverwaltung Oberhausens. Das, meine Damen und Herren, war – wie wir alle wissen – bereits damals maßlos übertrieben. Alle Zahlen, die heute hier auf dem Tisch liegen, zeigen aber endgültig: Die angebliche „neue Ära" ist bereits ein Jahr später wieder zu Ende.

Genau ein halbes Jahr ist der Haushaltssanierungsplan 2012 nach seiner Beschlussfassung eingehalten worden – bis Ende 2012. Das Jahr 2013 ist dann bereits wieder eine Katastrophe, vor allem, aber nicht nur mit dem **Einbruch bei den Gewerbesteuern**:

- Am Jahresende wird das städtische Defizit mit **72 Millionen Euro** drastisch höher ausfallen als geplant.
- Die Umsetzung der beschlossenen Ausgabenkürzungen bleibt **hinter dem Plan** zurück.
- 1 ½ Jahre nach der Beschlussfassung sind mehr **als die Hälfte der Maßnahmen** des Sanierungsplans immer noch nicht umgesetzt.

Als Antwort darauf schlägt die Verwaltung heute aber keine zusätzlichen harten Einsparungen vor. Vielmehr werden den ohnehin vorhandenen **Luftnummern** – von den fünf Millionen durch die Schulentwicklungsplanung bis

zum Verkauf der Revierpark-Anteile – weitere Luftnummern zur Seite gestellt. Eine Bettensteuer ab 2017, Millioneneinsparungen bei den Kosten der Unterkunft sowie der Kinder- und Jugendhilfe und damit dort, wo bisher regelmäßig Mehrausgaben zu verzeichnen waren. Wenn bereits der beauftragte Gutachter da „von einem spürbaren Grad an Unsicherheit der abgeleiteten Schätzungen" spricht, wird man bei diesen Planungen noch nicht einmal von ungedeckten Schecks sprechen können.

Meine Damen und Herren,

die Wahrheit ist: Ihre Planungen zum Haushaltsausgleich sind **bereits heute gescheitert.** Trotzdem macht Rot-Grün einfach weiter als wäre nichts geschehen. Besonders bitter ist dabei Ihr Umgang mit der Neuberechnung des Stärkungspakts Stadtfinanzen, die unsere Stadt nun definitiv 50 Millionen Euro kosten wird. Monate lang haben Sie bei jeder Gelegenheit beteuert, gegen diese Kürzung vorzugehen. Doch nun, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, knicken Sie gegenüber dem Land ein. Und Sie brechen Ihr Wort – und das gleich mehrfach.

Sie, Herr Große Brömer, haben in diesem Raum angekündigt, als Landtagsabgeordneter **keinem Gesetz zuzustimmen**, das die angekündigten Kürzungen enthielte. Eine Ablehnung des Abgeordneten Große Brömer vermerkt das Plenarprotokoll des Landtages bei der Abstimmung über die Änderung des Stärkungspaktgesetzes aber mitnichten.

Großspurig haben Sie dann dem Land mit dem Gang zum Gericht gedroht und die Verwaltung durch den Stadtrat beauftragt, eine **Klage gegen die Neuberechnung** zu prüfen und vorzubereiten. Über das Ergebnis, nämlich

eine solche Klage besser nicht einzureichen, wollen Sie dann aber nicht mehr im Rat abstimmen. Die kleinlaute Erläuterung dazu geben Sie vielmehr im nichtöffentlichen HSP-Begleitgremium ab.

Und am schlimmsten von allem: Noch auf der SPD-Klausurtagung in Lüneburg haben Sie beteuert, dass es **keine neuen Lasten** für die Bürger geben solle. Sie, Herr Große Brömer, haben versichert, dass Sie die Einnahmeausfälle nicht durch zusätzliche Steuer- oder Gebührenerhöhungen ausgleichen werden. Doch heute beschließen Sie mit der zusätzlichen Erhöhung der Grundsteuer um weitere 30 Hebesatzpunkte genau das, was Sie ausgeschlossen haben. Versprochen – Gebrochen. Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur peinlich. Es zeigt: Wer sich auf Rot-Grün in Oberhausen verlässt, der ist verlassen.

Ihnen fällt wie immer nichts anderes ein, als in das **Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger** zu greifen. So steigt bis 2018 mit Ihren Erhöhungen die Steuerbelastung der Oberhausener Unternehmen durch die Gewerbesteuer um 18%, die Belastung der Bürger durch die Grundsteuer sogar um ganze 26%. Das ist ungerecht und unsozial. Und es funktioniert auch nicht, wie die Gewerbesteuerentwicklung in diesem Jahr zeigt. Bereits jetzt hat sich erwiesen, dass die Milchmädchenrechnung nicht aufgeht, nach der man mit höheren Steuersätzen auch höhere Einnahmen erzielt. Wer es sich aussuchen kann, versucht, diesen massiven Steuererhöhungen zu entkommen.

Meine Damen und Herren,

die CDU hat hierzu von Beginn an eine klare Alternative vorgetragen, die man auf den Nenner bringen kann: **Mehr sparen und weniger den Bürger be-**

lasten. Und da uns immer wieder zu Unrecht, aber mit Berechnung vorgeworfen wird, wir hätten keine eigenen Vorschläge, nenne ich doch wenigstens einige davon:

- Wir wollen mehr **Personal einsparen**, indem die Fluktuation zu 75% ausgenutzt wird. Das geht – allerdings nur dann, wenn man nicht wie Rot-Grün für jede neue Aufgabe auch gleich neue Leute einstellt, wie etwa für das betriebliche Eingliederungsmanagement, für die Geschäftsführung des Jugendparlaments und demnächst offenkundig auch für den Gestaltungsbeirat.
- Wir wollen die Bürgerservice-Stellen zu einem **zentralen Bürgerservicebüro** zusammenfassen.
- Wir wollen bei der **OGM** keine unnötigen Ertrags- und Umsatzsteuern bezahlen und schon gar nicht 2,6 Millionen Euro mehr für den Bäderzuschuss wie von Rot-Grün beschlossen.
- Wir wollen den Verlust der **Luise-Albertz-Halle** begrenzen.
- Wir wollen die **Alteneinrichtungen** an einen anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege übertragen.
- Wir wollen das gesamtstädtische **Schuldenmanagement** optimieren.
- Und wir wollen die **Vergnügungssteuer** für die in Oberhausen von der SPD beförderten Automatencasinos deutlich erhöhen.

Diese **Alternativen** haben hier im Rat aber bisher keine Mehrheit gefunden. Stattdessen werden wir beschimpft und als Fundamentalopposition abgestempelt: ein einfach nur lächerlicher Vorwurf, wie die genannten Beispiele und viele andere zeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Planungen zum Haushaltsausgleich sind bereits heute gescheitert. Doch trotzdem macht Rot-Grün einfach weiter als wäre nichts geschehen, so auch beim jetzt mehrfach groß angekündigten **„Stadtumbau"**. Drei Tage vor der Bundestagswahl haben Sie zuletzt mit ihrem 26-Punkte-Plan nach jahrelangem Tiefschlaf versucht, Handlungsfähigkeit zu beweisen. Was vielleicht eine Chance gehabt hätte, wenn Sie zumindest auf ein paar der zahlreichen Banalitäten und Unverbindlichkeiten verzichtet hätten.

Für Osterfeld beispielsweise wollen Sie die **Privatinvestition** anstelle des Bunkers an der Bottroper Straße „positiv begleiten". Donnerwetter, kann man da nur ausrufen und der rot-grünen Koalition versichern, dass sie bei diesem bahnbrechenden Vorhaben jederzeit auf unsere Hilfe zählen kann. Ebenso an ihrer Seite stehen wir bei der Zusage, die Entwicklung um Schacht IV „ausdrücklich zu unterstützen". Und es wird Sie nicht überraschen: auch das Wohlwollen für die Bürger und Unternehmen, die an der Marktstraße mehr Grün in die Innenstadt bringen wollen, trifft auf unsere Zustimmung.

Meine Damen und Herren,

ich könnte noch zahlreiche weitere Punkte anführen, die nach endlosen Zeiten von Stillstand und Rückschritt einen ebenso **plötzlichen wie lächerlichen Aktionismus** belegen. Die tatsächliche Zielrichtung Ihrer Aktion ein halbes Jahr vor den Kommunalwahlen muss ich ebenso nicht näher erklären, weil sie ohnehin auch dem letzten Oberhausener längst klar ist. Nie war der Ruf der lokalen SPD schlechter als in diesen Tagen, und genau dieser Ruf soll bis zum Urnengang am 25. Mai nächsten Jahres wieder aufpoliert werden.

Das, meine Damen und Herren, wird Ihnen mit derartigen Manövern aber nicht gelingen.

Tatsächlich sind einige Ihrer Vorhaben bemerkenswert. Leider aber auf eine Weise, die für ein **böses Erwachen** der Menschen in unserer Stadt sorgen könnte. Die Begeisterung des Oberbürgermeisters über die Genehmigung des Haushaltssanierungsplans vor einem Jahr hatte ich bereits zitiert. „Damit sind wir endlich wieder handlungsfähig". So oder so ähnlich hat damals vor allem die SPD die neue Situation gefeiert. Aus ihrer Sicht bedeutete das vor allem: Es darf wieder Geld ausgegeben werden. Doch was heißt das in sozialdemokratischem Selbstverständnis? Es heißt leider das, was es immer schon hieß: **Das Geld muss raus.** Für Gartendom, HDO und Markthalle werden über 20 Millionen Euro in die Hand genommen oder anders gesagt: die rot-grüne Ratsmehrheit will Stadtentwicklung auf rein kommunales Risiko betreiben. Das ist spekulativ und äußerst riskant, zumal die Kaufpreise zu hoch sind und Eigentümer wie Banken aus Verpflichtungen und Haftung entlassen werden. SPD und Grüne erhöhen erst die Steuern und dann spielen sie mit dem Geld der Bürger Monopoly. Das ist einfach nur eines: unverantwortlich!

Meine Damen und Herren,

das sind genau die abenteuerlichen Geldgeschäfte, die wir aus der Vergangenheit schon kennen und die uns dahin geführt haben, wo wir heute stehen. Nämlich am Ende fast jeden Städterankings mit der **höchsten Pro-Kopf-Verschuldung im ganzen Land**. Die Ankündigung, nach der jahrelangen Lethargie und nach gescheiterten Leuchtturmprojekten wie zuletzt der Skihalle nun endlich liefern zu wollen, macht uns deshalb geradezu angst und bange.

Denn dass Liefern ist ganz sicherlich nicht das größte Problem, denn dazu brauchen Sie gar keine Investoren, weil ab sofort wieder die Kommune haftet. Nein, es ist wahrlich nicht das Problem, mit unseren Steuern und der OGM in Osterfeld oder an der Marktstraße oder sonst wo Immobilien aufzukaufen. Das Problem ist, dass das eindeutig die **falsche Strategie** ist.

Auch hierzu haben wir als CDU unsere **Alternativvorschläge** benannt: Warum muss die Stadt solche Projekte selbst und alleine stemmen? Wir wollen die bisherigen Eigentümer oder neue Partner wie Banken, Immobilienentwickler und Wohnungsgenossenschaften mit ins Boot nehmen. Welchen Sinn soll es zudem machen, erst einmal zu kaufen und dann zu schauen, was man auf dem Grundstück anstellt. Wir wollen erst die Strategie, dann die Umsetzung. Wir wollen keine Ansammlung einzelner Projekte ohne Plan, sondern eine Konzeption. Dafür steht mit Gutachterverfahren, Ideen- und Investorenwettbewerben bekanntlich ein ganzes Arsenal von kreativen Möglichkeiten zur Verfügung.

Meine Damen und Herren,

neben der Frage, welchen Sinn die von Ihnen betriebenen Großprojekte machen, müssten Sie sich doch eigentlich auch noch eine weitere Frage stellen: ob die Menschen in Oberhausen das auch wollen. Aber diese **Frage nach der Akzeptanz** stellt sich Ihnen leider nicht, weil Sie das nicht interessiert.

Ich bin mir fast sicher, dass Sie mittlerweile bereuen, wie inflationär Sie das Adjektiv **„bürgernah“** in den letzten Wochen gebraucht haben. Inzwischen

sind die Menschen nämlich – je nach Naturell – nur noch belustigt oder wütend, wenn die SPD wieder einmal öffentlich ihre Bürgernähe hervorhebt. Und dabei geht es wohlgemerkt nicht nur um eine Tasse Kaffee, die über irgendwelche Unterschriften gelaufen sein soll. Ihr Umgang mit dem Bürgerverein „Wir sind Oberhausen" zeigt ebenso wie Ihre Reaktion auf den runden Tisch in Osterfeld, was Sie unter Ihrer angeblichen Bürgernähe verstehen.

Denn Sie sprechen am liebsten nur mit denen, die Ihrer Meinung sind. Egal ob jemand nun für sich selbst, für einen Bürgerverein oder für eine Bürgerinitiative spricht: Sie bewerten erst einmal, ob deren Ziele Ihnen genehm sind oder nicht und richten danach Ihren Umgang aus. Gelingt es nicht, die Menschen auf Linie zu bringen, so werden sie als **Störenfriede und Querulanten** diffamiert. Unabhängig von der Auseinandersetzung in der Sache, bei der man wie immer unterschiedlicher Auffassung sein darf: Wie Rot-Grün in Oberhausen mit den Interessen von Bürgern umgeht, das ist und bleibt ein Skandal.

Das Ergebnis aber liegt auf der Hand und spiegelt sich in der Stimmung in unserer Stadt wider: Nie war die SPD weiter weg von den Bürgern als jetzt. Aber das spüren auch diese Bürger ganz genau und deshalb werden sie mit Sicherheit nicht locker lassen. Genau so passiert es gerade wieder in Osterfeld, wo Ihre **abenteuerlichen Pläne** mit Gartendom und HDO ebenfalls auf wenig Gegenliebe stoßen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

ich denke, es wird Sie kaum überraschen, dass wir als CDU den **Haushalt 2014** ebenso ablehnen wie den Haushaltssanierungsplan. Auch wenn die rotgrüne Mehrheit mit grotesker Verbissenheit das Gegenteil behauptet: Wir als

CDU sind keine Fundamentalopposition. Wir machen konstruktive und seriöse Vorschläge zur Gestaltung dieser Stadt.

Unseriös, planlos und riskant bleibt allerdings das, was Sie vorhaben: der **Kauf von Abrissobjekten**. Lassen Sie mich das vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltssituation noch einmal wiederholen. Zugegeben, wenn Sozialdemokraten Geld ausgeben, sind wir immer alarmiert. Diesmal aber gehen unsere Befürchtungen deutlich darüber hinaus. Einzig und allein, um mit dem Stadtumbau endlich ein Wahlkampfthema zu haben, verschwenden Sie eine finanzielle Handlungsfreiheit, die Sie tatsächlich gar nicht haben. Daher appellieren wir an Sie: Bitte denken Sie endlich einmal an die Stadt und an die Bürger, anstatt an die Wahlen und Ihren Machterhalt!

Oberhausen Glück auf!

DIE GRÜNEN IM RAT
GRÜN-OFFENE LISTE IN OBERHAUSEN

Fraktionsgeschäftsstelle
Elsässer Str. 19
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 - 82 02 96
Telefax: 0208 - 82 02 980
fraktion@gruene-oberhausen.de
www.gruene-ratsfraktion-oberhausen.de
Stadtsparkasse Oberhausen
Konto-Nr.: 182 873
Bankleitzahl: 365 500 00
5 Min. vom HBF, Europahaus
Nähe Friedensplatz

Grüne

Haushaltsrede 2014

der Fraktion DIE GRÜNEN
anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 11.11.2013
Regina Wittmann, Fraktionssprecherin
(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Es ist gerade mal ein Jahr her, dass wir die Genehmigung der Bezirksregierung für unseren ersten Haushalt im Stärkungspakt erhalten haben. Das war ein Meilenstein für Oberhausen! Die uns heute vorliegende Vorlage ist, wie die Vorgespräche mit der Bezirksregierung signalisieren, bereits zum dritten Mal in Folge Grundlage für einen genehmigten Haushalt. Und das heißt für uns:

Auch in Oberhausen wurde der Stärkungspakt allen Unkenrufen zum Trotz nicht gegen die Wand gefahren! Im Gegenteil: Auch in der zweiten Aktualisierung des Haushaltsanierungsplans (HSP) stehen die Zahlenreihen! Wir in Oberhausen sind nun tatsächlich in einer Zeit NACH der Haushaltssicherung angekommen. Inzwischen tragen Umstrukturierungen und Initiativen erste Früchte! Die Haushaltskonsolidierung verschafft uns, wie durch den HSP beabsichtigt, eine neue Perspektive mit sehr realen Entwicklungschancen für Oberhausen, die es zu gestalten gilt!

Wir wissen auch als Grüne, dass wir mit unseren kommunalen Haushalten der letzten Jahren den Oberhausener BürgerInnen und Bürger weitere schweren Belastungen aufbürden. Wir haben das Sparpaket jedoch im Wissen darum mitverabschiedet, dass dies unser Beitrag ist, um die Situation in Oberhausen langfristig nachhaltig zu verbessern und die Einschränkungen auf den Prüfstand kommen, sobald die Lage unserer kommunalen Finanzen dies zuläßt.

Da der Haushaltssanierungsplan für Oberhausen und der Stärkungspakt des Landes insgesamt immer wieder grundsätzlich in Frage gestellt wird, will ich dazu zu Beginn Stellung zu nehmen.

Um gleich an die Haushaltsdebatte aus dem letzten Jahr anzuknüpfen: Nach der Neuberechnung vor einem Jahr ist es nicht so schlimm gekommen, wie zunächst befürchtet. Unsere Maßgabe im letzten Jahr war, daß die ernsthaften Bemühungen um das HSP für Oberhausen durch die Neuberechnung der Landeshilfen nicht gefährdet werden darf! Angesichts der Minderzuweisungen wurden auch auf unseren Druck hin Auffangmöglichkeiten entwickelt. Diese haben nicht in dem Maße gegriffen, wie wir es gefordert hatten, doch hat eine Verlängerung des Konsolidierungszeitraum bis zum Haushaltsaussgleich mit Landesmitteln in voller Höhe um ein Jahr die Situation entschärft.

Tatsache ist, wir haben eine zusätzliche strukturelle Belastung zu schultern. Diese beträgt jedoch nach eigenen Anstrengungen nicht 12,7 Mio EUR. ab 2013, wie vor einem Jahr als Schreckensszenario diskutiert, sondern es bleibt nach eigenen Anstrengungen eine strukturelle Belastung durch Zinsen in einer Größenordnung von ca. 2 Mio. EUR ab 2017. Ein Weg, diese Lücke zu kompensieren, wird hier aufgezeigt. Diese soll durch Erhöhung der Grundsteuer B (Maßnahme 153) ab 2017 um 30 Punkte kompensiert werden. Jede Erhöhung, auch wenn es jeweils nur wenig ist, ist ein weiterer Baustein, der die Oberhausener Bürgerinnen und Bürger fordert. Doch unter diesen Umständen ist es zumindest eine, auch aus unserer Sicht, möglichst gerecht auf die Bevölkerung verteilbare Größe. Damit bleiben wir bei unserer Aussage „Sparen mit Augenmaß". Als Grüne sind wir gemeinsam mit unserer Partnerin SPD bei unseren Grundsätzen geblieben: keine Institution radikal zu kürzen oder zum langsamen Dahinsiechen zu verurteilen, Infrastrukturen so weit wie möglich erhalten und auf Sozialverträglichkeit zu achten. Wir wollen die Maßnahme zudem so verstanden wissen, dass die Option bleibt, diese Stellschraube bei einer Verbesserung der städtischen Haushaltslage wieder zurückgedreht wird.

Hier schauen momentan natürlich auch mit großem Interesse nach Berlin, wie die finanzielle Situation der Kommunen und das Konnexitätsprinzip bei den laufenden Koalitionsverhandlungen berücksichtigt werden. Wir brauchen starke Kommunen! Doch nach wie vor bleibt es bei ihrer strukturellen Unterfinanzierung. Nach der Kraftanstrengung des Landes mahnen wir nach wie vor dringend ein klares Handeln der neuen Bundesregierung an. Denn so dramatisch die gegenwärtige

Situation im Land für uns auch sein mag, eine Ursache liegt beim Bund und diese ist weiterhin die größte Gefahr für das Scheitern der Konsolidierungsanstrengungen kommunaler Haushalte. Was wir brauchen, ist Entlastung!

Die Reduzierung der Stärkungspaktmittel auf Landesebene mindert nicht im Grundsatz die beachtliche Anstrengung der rot-grünen Landesregierung die kommunalen Haushalte zu stärken. Dies verdient nach wie vor große Anerkennung. Für uns bedeutet die Fortschreibung dieses Haushaltssanierungsplans, dass die Perspektiven für eine Normalisierung der Oberhausener Kommunalfinanzen gegeben ist und sich verstetigt.

Die CDU und die LinkeListe werden allerdings nicht müde, den Stärkungspakt als gescheitert zu erklären. Sein Scheitern haben sie bereits postuliert, bevor auch nur ein erstes Maßnahmenbündel und eine erste Berechnung auf dem Tisch lagen. Die CDU richtet ihre Kritik nun darauf, dass wir nach der Neuberechnung 52,7 Mio. weniger als zunächst zugesagt bekommen – fügen aber nicht hinzu, dass wir insgesamt 447,8 Mio. Euro bekommen. Es erschließt sich mir nicht, wie man ernsthaft den Standpunkt vertreten kann, das Projekt, mit dem endlich die Rahmenbedingungen für die Kommunen verbessert wurden und Städten wie Oberhausen, die in einer Vergeblichkeitsfalle steckten, ein Ausweg eröffnet wurde, sei unseriös. Hier würde ich mir eine kritische Selbstreflektion im Hinblick auf die schwarz-gelbe Regierungszeit in NRW wünschen, die durch ausbleibende Reformen z.B. beim Verteilungsschlüssel der GFG-Mittel eine nicht belastungsgerechte Verteilung zu verantworten hat.

Eine Zukunftsperspektive, wie sich sich uns nach wie vor bietet, kann auch zerredet, kaputt geredet werden. Daher ist es bei aller Kritik unerläßlich, die hier zur Diskussion stehenden Sachverhalte in Relation zu sehen und einen angemessenen Maßstab anzulegen. Hier ist uns – auch vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation der Vergangenheit – insbesondere die Argumentation der CDU unverständlich. Ihre Position scheint ja zu sein: Auch wenn wir Millionenbeträge bekommen, wenn der HSP Risiken beinhaltet und weiterhin beinhalten wird, ist dies immer zu wenig und zu unwägbar, falsch oder unseriös geplant und damit sowieso zum Scheitern verurteilt. Welche Logik steckt dahinter? Konstruktive Kritik ist mehr als meckern und schimpfen, wie schön man dies auch in Entrüstung zu verpacken mag. Sie warten nicht nur darauf, daß unsere lokalen Bemühungen scheitern, sondern reden dies geradezu herbei. Was ein Scheitern für unsere Stadtgesellschaft bedeuten würde – dieses Szenario überhaupt in dieser Weise zu bedienen und Ängste zu schüren, ist höchst bedenklich. Ist dass die richtige Haltung für die größte Oppositionspartei im Rat?

Was würden Sie eigentlich machen, wenn sie – mal ganz hypothetisch - mit dieser Einstellung die Wahl gewinnen würden? Wie wollen Sie dann zu einer qualifizierten Abwägung kommen - z.B.

darüber, inwieweit Daseinsfürsorge erhalten werden muß und vor diesem Hintergrund Einsparmöglichkeiten zu verantworten sind. Sie können doch nicht einfach Zahlen in den Raum stellen.

Nehmen wir hier das Beispiel der Personalentwicklung – dieser langfristig angelegte Prozess schreitet voran und dabei konnten weitere 13 Stellen identifiziert werden, die eingespart werden können. Das ist ein positives Signal. Aber der Weg kann hier nicht sein, wie die CDU nach wie vor zu fordern, es ließen sich mal eben 100 weitere Stellen einzusparen. Personalentwicklung ist nur am Rande ein Spiel mit Zahlen, es geht – so wie wir es definieren – Hand in Hand mit Aufgabenkritik und Umstrukturierungsprozessen. Im letzten Jahr hat bei der Diskussion möglicher Konsequenzen aus der Neuberechnung des Stärkungspaktes das Thema betriebsbedingte Kündigungen im Konzern Stadt verständlicherweise für große Unruhe gesorgt. Hier gibt es einen einheitlichen Willen aller Parteien im Rat und Einzelaussagen, die dies immer wieder wiederholt haben. Wenn es dazu kommen sollte, dann nur auf Veranlassung von außen. Das kann keiner wollen! Was anderes ist jedoch die Forderung nach einer Steigerung des Personalabbaus um 100 Stellen, als letztendlich doch betriebsbedingte Kündigungen in Kauf zu nehmen. Und darf ich daran erinnern, dass die Bezirksregierung eben diesen Punkt unseren Ansatz bereits im letzten Jahr für sehr ambitioniert hielt und äußerst kritisch hinterfragt hat.

Was heißt dies: Die CDU würde mit ihren teils brachialen Ansätzen unsere Stadtgesellschaft vor die Wand fahren. Sie hat keine Alternativen! Doch hier geht um unsere Daseinsfürsorge. Hier gießen sie wissentlich Öl ins Feuer zu gießen. Natürlich kann man einer Haltung verfallen, alles negativ zu sehen, was auch immer die Gründe dafür sein mögen, vielleicht verlernt man es nach 25 Jahren Haushaltskonsolidierung und Haushaltssicherung. Es erinnert mich an Reaktionen, die einen in schwierigen Situationen gerne mal den Teppich unter dem Boden wegreißen: Da kommt nicht die konstruktive, aufbauende Kritik, sondern ein „Das wird sowieso nichts mehr." Oder „Das kann ja nichts werden." Wunderbar, wenn man dann das Gegenteil beweisen kann, aber das muß doch nicht sein. Da setze ich doch lieber an das Vertrauen an unsere ureigene Gestaltungskraft und Stärke. Es wäre solidarisch, offensichtliche Chancen nicht für den Preis der eigenen Profilierung zu ignorieren, und gäbe dennoch Raum für qualifizierte Kritik.

Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt: Wir haben unsere Finanzen unter großen Anstrengungen und um den Preis erheblicher Einschränkungen auf eine solide Grundlage gestellt – wohlgemerkt angesichts großer Widerständen und massiver Kritik. Wir sehen den Stärkungspakt weiterhin als große Chance, die uns eine reale Perspektive auf einen ausgeglichenen Haushalt ermöglicht. Ich will noch einmal bekräftigen: Diese Chance wollen wir nutzen. Wir können gar nicht anders, wollen wir nicht weiter Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel beschneiden, indem wir

mehr verbrauchen als wir uns leisten können. Hierfür haben wir in Oberhausen um Vertrauen geworben und ringen nach wie vor bei vielen um Unterstützung, gilt es doch auf dem Weg Beteiligte und Betroffene mitzunehmen. Ja, wir sind – und ich sage explizit nicht „wir waren" – gut unterwegs, auf einem beschwerlichen, aber vielversprechenden Weg. Hat irgendjemand gesagt, dass es einfach wird? Diese Erwartung weckt doch hier niemand. Im Gegenteil. Wir können gerne über einzelne Maßnahmen diskutieren und verweisen dafür gerne auf unser Haushaltsbegleitgremium.

Was wir gehofft hatten, tritt ein: Handlungsspielräume, die uns ein ausgeglichener Haushalt ermöglicht, erlauben uns, nun stärker die Initiative ergreifen. Diese Chancen nutzen wir. Wir sind noch am Anfang, und doch nehmen wir positiv zur Kenntnis, dass Bewegung in die bereits angeschobenen Prozesse kommt und sich neue Möglichkeiten zeigen.

Doch wie hätte es ohne den Stärkungspakt ausgesehen? Wie stünden wir jetzt ohne das 10-Jahres-Programm unserer rot-grünen Landesregierung da. Schnell scheint aus dem Blick geraten, welch lähmender Zustand mit der Haushaltssicherung die Situation des städtischen Haushalts bestimmt hat: Stark eingeschränkte Handlungsspielräume, u.a. die Unmöglichkeit, Fördermittel in Anspruch nehmen zu können.

An der Marktstraße haben wir drastisch erlebt, was es bedeutet, trotz Aufnahme in das Programm Soziale Stadt bis auf kleinere Maßnahmen nichts umsetzen zu können. Hier setzen wir nun an, unter anderem mit einem Maßnahmenbündel, das wir im 26-Punkte-Programm zur Stadtentwicklung formuliert haben und das es nun zu konkretisieren gilt. So ist Ihnen vielleicht schon aufgefallen, daß auf dem Dach des Technischen Rathauses gerade eine Solaranlage installiert wird – etwas, was wir seit Jahren gefordert haben. Für den LED-Ausbau konnten wir den Eigenanteil im Förderprogramm aufbringen. Damit kann ein umweltpolitisches Ziel, das ebenfalls von uns gefordert würde, umgesetzt werden, während gleichzeitig Kosten eingespart werden.

Wie kommt die Abarbeitung des HSP voran? Von 271 sind 92 Maßnahmen umgesetzt, 122 in Arbeit, 17 Maßnahmen offen. Nach einem Jahr schreitet die Umsetzung voran. Um einzelne herauszugreifen:

Im HSP findet sich die neue Maßnahme „Einnahmen aus Konzessionsverträgen". Hier haben wir uns 2010 für eine qualifizierte Begleitung der Neuvergabe eingesetzt und sehen nicht nun positive Effekte – eben auch finanziell. Ein Gutachten zur Struktur des Konzerns Stadt wird nun in Auftrag gegeben. Im Frühjahr 2014 erwarten wir Ergebnisse – ein weiterer wichtiger Prozess, der hier angegangen wird.

Einen Prozess initiieren, ist wie einen Zug in Bewegung zu setzen, ihn Fahrt aufnehmen zu lassen. Ein positives Resümee angesichts der Herkulesaufgabe „Haushaltskonsolidierung" und „Perspektive für Oberhausen" heißt nicht, dass wir keine Kritik haben und der Meinung sind, dass alles optimal läuft. Vieles hätte man auch schon früher machen können. Und ja, wir haben noch einen langen Weg vor uns. Aber, vieles kommt nun einmal erst in Bewegung, wenn eine Perspektive da ist, wenn die Anstrengung nicht verpufft, sondern sich lohnt.

Und da werden wir nicht müde zu betonen: Wir haben nun eine reale Perspektive.

- Dank der Initiative der rot-grünen Landesregierung,
- Dank der Bemühungen unserer Bürger, die das Sparpaket solidarisch mit tragen,
- Dank der Umsetzung des Maßnahmenpakets,
- und Dank offensiven Nutzung der neuen Möglichkeiten, die sich uns bieten.

Eine, unsere Perspektive ist jedoch auch nach wie vor gefährdet. Ja, es gibt Risiken – auch Risiken, auf die wir keinen unmittelbaren Einfluss haben. Der Einbruch der Gewerbesteuern ist ein Beispiel dafür. Die Ergebnisse der ConSens Studie zeigt Einsparpotentiale auf, deutet jedoch gleichzeitig auf Risiken hin. Doch war von Anfang an klar, daß es nicht einfach wird und es gilt, auf erkannte Risiken, die eintreten oder Unvorhergesehenes adäquat zu reagieren - ein ständig sich wandelnder Prozess. Dies habe ich ja schon in den letzten Haushaltsreden betont.

Die Frage ist doch, ist hier wieder Raum für die Gewissheit, dass es besser wird? Dies wollen wir bejahen.Heute haben wir über unseren nächsten Haushalt zu entscheiden. Er beinhaltet die Fortschreibung unseres ambitionierten Sparpakets. Dem stimmen wir zu. Und auch hier stehe ich zu unseren Worten aus dem letzten Jahr: Wenn wir die Politik der ökologischen Erneuerung, des Erhalts unserer Kultur- und Bildungseinrichtungen, der Bürgerbeteiligung und der nachhaltigen Haushaltswirtschaft mit einem Gesamtplan über die Investitionsausgaben verbinden, der uns nicht überfordert, sind wir auf einem guten Weg. Dafür werden wir uns in Zukunft mit allem Nachdruck einsetzen! Wir glauben nach wie vor fest daran: Oberhausen packt es.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

DIE LINKE.LISTE
FRAKTION IM RAT DER STADT OBERHAUSEN

Linke Liste Ratsfraktion, Friedensplatz 8, 46045 Oberhausen

Friedensplatz 8
46045 Oberhausen
Tel.: 0208 884220
Fax: 0208 884220-17

www.linkeliste-ob.de
info@linkeliste-ob.de

www.facebook.com/linke.liste.oberhausen
www.twitter.com/linkeliste_ob

Konto: 50 001 429
BLZ: 365 500 00
Stadtsparkasse Oberhausen

Oberhausen, 11.11.2013

Haushaltsrede 2013

Das Spardiktat geht 2014 in die dritte Runde. Dass Oberhausen nun durch eine Neuberechnung noch weniger Geld bekommt als geplant, ist weder eine Überraschung noch macht es einen großen Unterschied. Das Prinzip bleibt das Gleiche: Das Land gibt verschuldeten Kommunen etwas Geld. Die Kommunen sind im Gegenzug dazu gezwungen, eine viel größere Summe zu sparen. Weil zuerst die Schulden und Zinsen an die Banken zurückgezahlt werden müssen, bleibt am Ende nichts vom Geld übrig. Die Finanzinstitutionen verdienen also prächtig an armen Kommunen. Die Kommunen verscherbeln währenddessen öffentliches Eigentum und kürzen Leistungen weg, um die Sparvorgaben zu erfüllen.

Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet das auch im nächsten Jahr Einbußen. Vorschläge für das Jahr 2014 und darüber hinaus liegen schon vor. Im Maßnahmenkatalog wird unter anderem vorgeschlagen, dass

- 195,5 Stellen gestrichen werden
- Die Grundsteuer erhöht wird
- Spielplätze seltener saniert werden
- Büchereigebühren steigen
- Bei Ferienspielen und Action Guide jeweils 10 Prozent gekürzt wird
- Die Verpflegung in Kindertagesstätten teurer wird
- Immobilien verkauft werden, die zum Kommunalen Wohnungsbau gehören
- Das Zuschussprogramm für Alten – und behindertengerechtes Wohnen gestrichen wird
- Drogenberatung privatisiert wird
  Und bei der psychosozialen Beratung von ALG II-EmpfängerInnen gekürzt wird

Darunter leiden vor allem die ärmsten in der Gesellschaft. Die Kürzungen im Kinder – und Jugendbereich werden bürokratisch mit demografischem Wandel gerechtfertigt, obwohl dafür sicher nicht zuviel Geld da ist.

Nicht nur CDU und FDP, sondern auch SPD und Grüne sind offensichtlich längst davon überzeugt, dass Städte nach marktwirtschaftlichen Kriterien funktionieren und wie ein

Unternehmen geführt werden können. Das stimmt aber nicht. Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Müllentsorgung und Öffentlicher Nahverkehr sind nicht dazu da, um Gewinne zu produzieren und können das auch gar nicht. Wenn hier gekürzt oder privatisiert wird, werden die Leistungen schlechter oder teurer. Der Fall STOAG zeigt es deutlich: Im Rahmen des Stärkungspakts wird hier kräftig gekürzt. Die Folge sind ausgedünnte Linien, seltenere Fahrten und schlechtere Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein ähnliches Problem gibt es bei der GMVA: Die Stadt hat einen Teil des Betriebs an Remondis verkauft. Die Müllgebühren sind in die Höhe geschossen, Remondis kassiert den Gewinn und die Stadt trägt das Risiko für eventuelle Schulden mit. Im Maßnahmenkatalog finden sich etliche Vorschläge, die darauf abzielen, etwas „wirtschaftlicher" zu machen. Wie gerade erwähnt heißt das: Entweder es wird schlechter – oder es wird für die Bürgerinnen und Bürger teurer.

Von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die es für eine gute Idee halten, die Unternehmensberatung Ernst &Young teuer bezahlte Kürzungsvorschläge erarbeiten zu lassen, ist nichts anderes zu erwarten. Ein Umdenken in Oberhausen ist aber dringender notwendig als je zuvor.

2013 hat die desaströse Politik von SPD und Grünen bereits zu verstärkten Protesten in der Bevölkerung geführt. Angestellte der STOAG und Mitarbeiter der Stadt haben sich zum Beispiel gegen verschlechterte Arbeitsbedingungen gewehrt und Anwohnerinnen und Anwohner der Straßburger Straße, der Seilerstraße und des Marienviertels sind gegen den Verkauf von Grundstücken zu Lasten der Lebensqualität in ihren Quartieren aufgestanden. Die Sparmaßnahmen waren bis jetzt nur die Spitze des Eisbergs. Mit den unsozialen Einschnitten wird auch die Unzufriedenheit wachsen – und die soziale Ungleichheit in der Stadt.

Aber was kann getan werden?

Die Lage vor Ort ist die Folge eines strukturellen Problems. Die finanzielle Last der Kommunen ist gestiegen, während der Bund immer weniger zahlt. Die Kommunen haben also ein Einnahmenproblem und kein Ausgabenproblem.

Deshalb benötigt Oberhausen kurzfristig dringend einen Schuldenschnitt und ein Zinsmoratorium. Mittelfristig müssen die Kommunen entlastet werden. Das wird nur durch eine Umverteilung von oben nach unten möglich sein. Die ist auch höchste Zeit: Nachdem die Schere zwischen arm und reich in Deutschland in den letzten Jahren immer größer geworden ist, ist es nun höchste Zeit für soziale Politik.

FDP Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen

Stellungnahme zum Haushalt 2014 und zum Haushaltssanierungsplan

Ratssitzung am 11. November 2013

Hans-Otto Runkler

Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort

Wir haben heute wiederum einen Haushalt unter den Auspizien des Stärkungspaktes beraten. Und wieder kehrt Ernüchterung ein. Die Probleme gleichen denen vor einem Jahr. So auch die Rituale.

Mit der drastischen Kürzung der Stärkungspaktmittel stehen Rat und Verwaltung vor kaum lösbaren Herausforderungen. Verlässlichkeit in den Rahmenbedingungen gibt es nicht – nicht heute, ziemlich sicher auch nicht morgen. Der entscheidende Schritt in die kommunale Selbstverwaltung kann kaum gelingen, muss aber dennoch gewagt werden.

Auch hier begrüßen die Liberalen den Mut zu Neuem, auch den Mut zum Risiko, denn ohne Risiko sind nirgendwo Fortschritt und Ertrag möglich. Deshalb stehen wir ausdrücklich zu den Anstrengungen, wieder eigene Initiativen der Stadt in der Entwicklung von Quartieren, Stadtteilen und Zentren zu wagen. Denn wer nicht wagt, kann nur verlieren. Das wissen wir noch gut aus den Jahren, in denen nichts gewagt werden durfte.

Die Menschen fühlen sich ihrer Stadt, ihrem Ortsteil verbunden. Sie sind es auch, die zu Lebendigkeit und Zukunftsfähigkeit beitragen. Wenn das entmutigt wird, wenden sie sich ab. Oder fort.

Deshalb war es nach unserer Überzeugung auch richtig, die Aussichten der Jugend in unserer Stadt an vorderste Stelle zu setzen. So geschehen bei der Entscheidung, die Jugendarbeit mitten im Stadtkern anzusiedeln und sich nicht nostalgisch an nicht mehr Zeitgemäßem festzuklammern. So war es uns auch aus der Wissenschaft nachdrücklich empfohlen worden. Und in der Beteiligung betroffener Menschen steht dann etwa das Votum aus dem Jugendparlament im Vordergrund. Es zählt im Zweifel mehr als die durchaus honorigen, im verrohenden Umfeld der Internetkommentare freilich auch gern entgleisenden Rat-Schläger aus der Generation der 40- bis 70-jährigen, die das Beste der heutigen Jugend suchen - und keinen Zweifel zulassen, es auch unfehlbar verkünden zu können. Überhaupt ist es ja ein leider um sich greifendes Phänomen manchen bürgerschaftlichen Engagements, das beherzte Vertreten eigener Meinungen und Interessen mit saftiger Beschimpfung von Andersdenkenden und überhaupt von Verantwortlichen zu verbinden. Doch in der Regel vernehmen wir nach wie vor die Stimme des Bürgers, die Stimme der Bürgerin weniger polternd, nachdenklicher und auf ernsthafte

Ziele ausgerichtet. Diese leisere Realität von Bürgerbeteiligung steht freilich seltener im Rampenlicht und gibt auch weniger Stoff her für Vendetten in Internetforen.

Nach Ansicht der FDP könnte sie aber auch öfter gehört werden. Zu den Zukunftsperspektiven der jungen Generation zählt eben auch Bildung als wichtigster Garant. Nicht nur wir haben die Auslaufbeschlüsse für alle Hauptschulen als voreilig angesehen. Die Anforderungen der Inklusion, der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit Behinderung, waren und sind auch heute noch nicht konkret abschätzbar. Überdies kann auch die soziale Integrationsfunktion der Hauptschulen nicht ohne weiteres von anderen Schulen übernommen werden. Und die Primus-Schule, mit der sich auch die Hoffnung darauf verband, konnte mit ihrem Standort im äußersten Süden der Stadt nicht genug Interesse der Eltern wecken. Schade, wir hatten uns hier von Anfang an für einen zentraleren Standort der Schule eingesetzt. Wir sind gespannt, welche Konsequenzen die neue Schuldezernentin hieraus für die Schulentwicklungsplanung vorschlagen wird.

Noch engagieren sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger für ihr Umfeld, sind ehrenamtlich tätig, ergreifen Initiative, kümmern sich um ihr Stadtquartier. Dies gilt es zu ermutigen. Oft sind es kleine Details wie die Bepflanzung der Marktstraße, die schon zu mehr Sauberkeit im Alltag des Stadtbildes machen. Umgekehrt bewirken ungelöste Problemzonen wie etwa aktuell am Altmarkt Resignation und nur zu verständlichen Protest. In Sterkrade hat sich gezeigt, dass wirksame Lösungen erreichbar sind und sich nachhaltige Verbesserungen erzielen lassen. Die Stadt darf nicht als ratlos oder hilflos wahrgenommen werden.

Wenn gemeinsame Initiative erfolgversprechend bleiben soll, muss man sich hüten, diejenigen zu verprellen, die man dazu braucht. Deshalb noch eine Bemerkung zu den Sonntagsöffnungen. Denn im Kern kommt es weniger darauf an, ob da schon bei drei oder erst bei vier Sonntagen pro Stadtteil Sense ist, als auf das Signal, dass man sich hier ohne Not etwas vorzuschreiben anmaßt. Dazu wird dann noch das CentrO als alleiniger Heilsbringer privilegiert und etwa Alt-Oberhausen – man mag es nicht glauben, aber wörtlich ist es an diesem Redepult so gesagt worden – zum „Unterzentrum“ herabgewürdigt. Solche regulatorischen Muskelspiele sind recht entbehrlich, will mir scheinen.

Die Stadtentwicklung setzt vermehrt auf das Eingreifen der Stadt und ihrer Töchter, um in Problemfeldern aktiv zu werden. Neue Spielräume, durch den Stärkungspakt verheißen, sollen so genutzt werden. Das ist auch der richtige Weg, wenn dabei nicht aus dem Blick gerät, dass hierdurch Anziehungspunkte und Vorbilder gesetzt werden sollen. Nur wenn Private mitziehen und nachziehen, hat die Stadtgesellschaft etwas davon. Und natürlich kann man sich für jedes einzelne Vorhaben noch etwas Besseres ausmalen. Schön, wenn es dazu realistische Vorschläge mit realen Investoren gibt. Risikoscheu allein ist, wie gesagt, dabei keine gute Ratgeberin.

Erfolgreiche Anstöße zur Stadtentwicklung werden aufgegriffen und genutzt: das ist die Philosophie. Dazu muss für privates Engagement Mut gemacht werden. Das sollte bedacht werden, wenn man dem Druck der Kommunalaufsicht nachgibt, in Einnahmeerhöhungen durch Steuern, Steuern und nochmals Steuern das Heil zu suchen. Auch im laufenden Jahr hat uns der Gewerbesteuerhebesatz auf Rekordhöhe nicht vor einem drastischen Ertragseinbruch bewahrt – gerade 2013 eine doch eher untypische Entwicklung im kommunalen Vergleich. Jedenfalls geht es den kommunalen Finanzen dort besser, wo niedrige Steuersätze genommen werden und genommen werden dürfen – und das ist wohl kaum Zufall. Eine Erkenntnis, die ich auch unserem Kämmerer nicht abspreche, der immer wieder auf die Risiken zu hoher Steuerbelastung verwiesen hat und sich auch künftige Spielräume dagegen erhofft, wenn die überfällige Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung endlich weiter voranschritte. Alle Parteien hatten das in ihren Bundestagswahlprogrammen stehen. Schau'n wir mal, was davon Wirklichkeit wird.

Das Thema der kommunalen Beteiligungsunternehmen beschäftigt uns in jedem Jahr. Diesmal steht nicht die OGM in ihrer sakrosankten Stellung im Fokus, sondern die mögliche Gefährdung der GMVA, deren Fortbestehen hektische Aktivität und heftige Debatten auslöst. Dazu auch hier einige Anmerkungen.

Durch die Neukonstruktion der Müllverbrennungsgesellschaft in Oberhausen wird nach unserer Ansicht ein Versuch unternommen, die Anlage langfristig wirtschaftlich zu erhalten und die von vielen gebührenpflichtigen Privathaushalten mit Recht als unangemessen hoch angesehenen Verbrennungsentgelte auf ein vertretbares Maß (knapp unter 160 Euro pro Tonne Verbrennungsmüll) zu senken.

Auslöser ist die Preisüberprüfung bei der Bezirksregierung, in der Fachleute sich buchstäblich seit Jahren bemühen, den angemessenen Verbrennungspreis herauszufinden. Da das öffentliche Preisrecht ein Buch mit mehr als nur sieben Siegeln ist, kommt dieser Prozess nicht voran. Stattdessen kursieren Spekulationen über den Ausgang der langwierigen, absolut undurchschaubaren, vom Gesetzgeber freilich so gewollten Preisermittlung. Mit Marktwirtschaft hat das nichts zu tun. Dass daraus ein unkalkulierbares Risiko für die Existenz der GMVA erwachsen kann, lässt sich schwerlich bestreiten.

Ohne einen Blick auf die Vergangenheit, hier insbesondere die Zwangsprivatisierung kurz nach der Jahrtausendwende, ist die Zwangslage der Stadt kaum zu erklären. In den 90er Jahren wurden die Verbrennungskapazitäten durch den damaligen Umweltminister Matthiesen (SPD) massiv und weit über Bedarf ausgeweitet. Seine Nachfolgerin Höhn (Grüne) hielt dann die umweltschädlichen, aber billigen Mülldeponien mehrere Jahre länger als vorgesehen in Genehmigung und Betrieb. Dies brachte auch die kommunale GMVA in Oberhausen in Schieflage. Ein Privatunternehmen hätte die Durststrecke bis zur Schließung der Deponien durchstehen können. Für die in Haushaltssicherung stehenden Städte war ein solcher Weg durch die Kommunalaufsicht verbaut, war die Teilprivatisierung seitens der Landesregierung praktisch erzwungen. So sahen dann auch die Verträge aus, zu denen es keine Alternative gab – und die die Stadt vertraglich zu einem in Sprüngen bis über 280 Euro steigenden Verbrennungspreis verpflichteten.

Heute noch steht die Stadt mit 60 Mio. Euro in der Haftung für die damals aufgenommenen und weiterveräußerten („forfaitierten") Schuldentitel, die wegen der Langfristigkeit der Verpflichtungen auch nicht vorzeitig getilgt werden konnten. Wirtschaftlich wäre das durchaus möglich gewesen, weil die GMVA schon drei Jahre früher als geplant sehr deutlich in die Gewinnzone geraten ist, nachdem die Deponien geschlossen waren. Ein verantwortungsvoller Unternehmer hätte gewiss angesichts der Verschuldung die exorbitant hohen Gewinne im Unternehmen belassen, um ausreichende Rücklagen für bestehende Verpflichtungen und künftige Entwicklungen zu haben. Der private Teileigner ließ die Gewinne weitgehend von der GMVA ausschütten. Darüber freuten sich natürlich auch die kommunalen Kämmerer, die gleichfalls profitierten.

Dass sich die beteiligten Städte damit für die Laufzeit der Verträge weiterhin in der Hand des privaten Mitbetreibers befinden, kann niemanden außer diesem selbst freuen. Aber

auch jetzt lässt die Zwangslage keinen Ausweg zu. Eine Insolvenz, die auch durch den privaten Anteilseigner gesteuert werden könnte, wäre für die Stadt katastrophal – wegen der Bürgschaftsverpflichtungen ebenso wie wegen möglicher Klagen des Miteigentümers im Hinblick auf das vertraglich geregelte Tonnenentgelt, deren Ausgang wohl niemand sicher abschätzen kann. Und an wen würde wohl eine Konkursmasse zum Spottpreis fallen?

Da auf dem Müllmarkt eine ausgeprägte Vorherrschaft einiger, ganz weniger Akteure besteht, gibt es auch kaum Hoffnung auf marktwirtschaftlich gebotene Lösungen. Politische Vorgaben und Entscheidungen haben diese Machtverteilung und Machtausnutzung seinerzeit erst ermöglicht. Für die FDP ist es daher heute ausgeschlossen, den Handlungsbedarf zu leugnen oder eine fundamentale Verweigerungshaltung einzunehmen.

Auch wenn dies nur zähneknirschend geschieht, kann sich die FDP der Verantwortung nicht entziehen, den Weg zu einer langfristig tragbaren Neuaufstellung mitzugehen. Die Liberalen werden freilich darauf bestehen, dass zukünftig das Unternehmen nicht durch eine Fortsetzung der unverantwortlichen Ausschüttungspolitik ausblutet. Nach Ablauf der noch fortlaufenden Verpflichtungen und Knebelungen wäre es schließlich auch an der Zeit, über eine grundlegende Neuaufstellung der kommunalen Vorsorge und Entsorgung nachzudenken.

Dies gilt für den gesamten kommunalwirtschaftlichen Bereich, also auch hier wieder für die OGM. Konsolidierungsvorgaben können nicht durch überzogene Leistungseinschnitte erzielt werden. Der Zustand von Straßen, Plätzen und Anlagen ist mit Recht vielen in unserer Stadt ein Dorn im Auge.

Wie schwierig und problematisch es ist, wenn eine Stadt immer weniger für ihre Menschen leisten darf, wird am Beispiel der Straßenbahn deutlich. Heute muss man konstatieren, dass die Taktausdünnung gescheitert ist. Es wäre haarsträubend, wenn dadurch auch in unserer Stadt eine Debatte ausbräche, wie sie in Nachbarstädten bereits in furchterregendem Ausmaße im Gange ist. Während besser situierte Städte ihr Netz ausweiten, gibt es im Ruhrgebiet allen Ernstes Stilllegungsdiskussionen. Egal ob und wie sich jetzt eine Bundesregierung findet: Auch dieses Problem wird sie lösen müssen.

Und dies ist nur ein aktuelles Thema aus dem bunten Strauß der Problemthemen nicht nur in unserer Stadt, die den Stärkungspakt – das Wort mag man nach den gravierenden Mittelstreichungen gar nicht mehr unbefangen in den Mund nehmen – auf den Prüfstand stellen. Die Fragen bleiben Jahr für Jahr die gleichen: Muss sich eine Stadt im Sanierungsprozess selbst aufgeben? Darf sie noch wirtschaftlich vernünftig handeln? Kann sie eine Perspektive für die Zukunft ihrer Menschen eröffnen, eine lebendige Bildungs- und Kulturlandschaft erhalten und die Entwicklung ihrer Stadtteile voranbringen?

Unsere Antwort als Liberale bleibt ebenfalls gleich: Nicht gängeln und bevormunden, sondern Mut machen. Nicht zaudern und zetern, sondern wagen. Nicht schlechtreden, sondern bessere Perspektiven aufzeigen – wenn es sein muss, auch mit ganz langem Atem.

Wir danken allen in der Verwaltung, die sich mit dem Sanierungsplan und dem Haushalt 2014 abgemüht haben; wir danken allen, die die schweren Lasten der Haushaltssanierung hier und in der ganzen Stadt tragen müssen und doch die Zuversicht nicht aufgeben.

Auch heute wird die FDP den Sanierungsplan und Haushalt 2014 mittragen.

B. d. Rats

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen.

Derjenige, der in so einer langen Debatte als Letzter spricht, hat immer das Problem noch genügend Aufmerksamkeit zu erhalten.

Gleichzeitig aber hat der letzte Redner die Möglichkeit, vorher gesagtes zu korrigieren, oder zumindest eine andere Sichtweise darzustellen.

Meine kritische Einschätzung zu Schuldenbremsen insgesamt und speziell zum so genannten Stärkungspakt in hinlänglich bekannt.

Die erste Euphorie ist nach der Neuberechnung der Landesregierung mit Gesamtverlusten von 76,1 Millionen Euro an Stärkungspaktmittel schnell gesunken.

Das haben auch Sie, meinen Damen und Herren der SPD/Grünen Koalition schon im Dezember 2012 erkannt.

Ich zitiere aus Ihrem Ratsantrag vom 17.12.2012:

„Eine Kürzung der Stärkungspaktmittel um ca. 13 Millionen ab 2013 macht das Ziel des Haushaltsausgleichs 2016 zunichte und gefährdet den Erfolg des Stärkungspaktes insgesamt.

Ohne weitere einschneidende Maßnahmen, die die Infrastruktur der Stadt und die vorhandenen Arbeitsplätze nachhaltig gefährden würden, ist ein Ausgleich für die gekürzten13 Millionen nicht erzielbar“. Zitat Ende.

So weit so gut.

Heute aber liegt uns ein Haushaltssanierungsplan vor, der uns trotz der erheblich geringeren Mittel vom Land einen ausgeglichenen Haushalt in 2017 suggerieren soll.

Nun hat sich die Situation für unsere Stadt mit den weiter eingebrochenen Gewerbesteuereinnahmen aber noch erheblich verschärft.

Ausgeglichen werden soll das durch Verschärfungen im HSP 2013 und den neuen Fortschreibungen im HSP 2014. Diese Maßnahmen wurden ja hier heute beraten.

Das Ergebnis ist wie in allen Jahren oder Jahrzehnten der Haushaltskonsolidierung das gleiche: Es werden Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger heruntergefahren, Gebühren erhöht und städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - durch teils absurde Arbeitsverdichtung als Folge von Personalkürzungen - das Arbeiten schwer gemacht. (Was die CDU Fraktion übrigens seit Jahren mit noch höherem Stellenabba weiter zuspitzen will, und im Übrigen ihr einziger finanzieller Deckungsvorschlag ist.)

Aber mit den schönen Kurven und Grafiken, die der Kämmerer erstellt, erscheint das alles in hellem Licht, was ja zur Jahreszeit passt, und soll uns einen Ausgleich des Haushalts in 2017 für möglich erscheinen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

abhängig von nicht oder wenig durch die Kommunalpolitik beeinflussbaren Faktoren, wie beispielsweise der Zinsentwicklung, können sich solche Kurven schnell verändern.

Also, nette bunte Grafiken, geeignet zur Benebelung der Aufsichtsbehörde oder offenbar wohl auch hiesiger Entscheidungsträger, keinesfalls aber belastbare Voraussagen.

Es sollte doch inzwischen Allgemeingut sein, dass Ihre Kürzungen, bzw. die von Ihnen so genannten Einsparungen bei der Infrastruktur, den Investitionen, dem Personal und den Leistungen für den Bürgerinnen und Bürger schon durch geringste Zuckungen bei der Zinshöhe für den Schuldendienst aufgefressen werden und im Haushalt vermeintliche Einsparungen neutralisieren.

Es geht doch eigentlich nur anders herum:

Es geht darum die Einnahmen zu stärken, statt Bürger zu belasten.

Um eine wirkliche und nachhaltige Verbesserung der Haushaltssituation zu erreichen muss man über den eigenen Tellerrand blicken: Vielen unserer Nachbarkommunen geht es nicht besser. Die neuste Studie des Prognos-Institut sieht das ganze Revier als Absteiger in der Rangliste der Regionen.

Oberhausen, Gelsenkirchen, Herne, Recklinghausen und Bottrop gehören nur noch zum schwächsten Viertel der deutschen Landkreise, also zu den Regionen mit den größten Zukunftsrisiken.

Und da passt es auch, dass vergangene Woche 17 SPD-Bundestagsabgeordnete (ich hoffe Dirk Vöpel gehörte dazu) einen sogenannten Brandbrief an ihren Fraktionschef Steinmeier geschickt haben.

Sie wollen, dass möglichst viel für die Städte an der Ruhr bei den Koalitionsverhandlungen herausspringt. Der zu Lasten der Kommunen auferlegte Zwang zum Sparen, gehe z.B. zu Lasten der Jugendhilfe, der Sozial-und Familienpolitik und der Bildung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieses Engagement in Ehren, es gibt aber noch viel wirksamere und nachhaltigere Lösungen für finanzklamme Kommunen.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat sich in ~~diesem~~ letzten Jahr mit Mehrheit der Kampagne „UMFAIRTEILEN“ angeschlossen.

Eine Vermögenssteuer, höhere Spitzensteuersätze, eine Transaktionssteuer, Erbschaftssteuer, das sind die Anliegen dieses breiten Bündnisses.

Die Linke, Die Grünen und auch die SPD hatten sich dies - wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen - auf die Fahnen des Bundestagswahlkampfes geschrieben.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern wurde erstmalig durch die Finanzkrise und Bankencrash bewuss,t welche Milliardenbeträge sich da um die Welt drehen. Das Erstaunen über die auf den Finanzmärkten bewegten Kapitalmassen ist riesig.

Die Frage allerdings, wer mit welchen Interessen die Expansion dieser schwindelerregenden Anlagemöglichkeiten vorangetrieben hat, wird viel zu wenig gestellt.

Die Antwort öffnet den Blick auf die dahinterstehende Ausweitung des Einkommens-und Vermögensreichtum. Die Reichtumsfrage lautet: Wie kann das Vermögen mit hohen Renditen rentabel angelegt werden? Die gigantische Volumina der von der realen Produktion entkoppelten Geschäfte auf den Geld-und Kapitalmärkten weisen auf zwei zusammenhängende Ursachen hin.

Einerseits ist genügend Kapital zum spekulativen Einsatz vorhanden, andererseits sind erst durch die Deregulierung dieser Märkte die Tore zur Finanzwelt für anlagesuchende Investoren weit geöffnet worden.

Ein entscheidender Grund für die expandierenden Finanzmärkte liegt in der zu beobachtenden gigantischen Vermögenskonzentration.Und das führt die Anleger zwangsläufig zu der Frage:Wo sind schnell hohe Renditen zu erzielen?

Die Reproduktion der Vermögenden schafft Nachfrage für die verrücktesten, am Ende irrealen Finanzanlagen.

Insoweit würde einen Dekonzentration von Vermögen, durch UMVERTEILUNG, dadurch beitragen den irrationalen Druck auf die Finanzmärkte zu reduzieren.

Ein Quell der ungleichen Vermögensverteilung liegt in der Einkommensverteilung. Hier wiederum steht die ungleiche Teilhabe von Arbeit und Kapital an der ökonomischen Wertschöpfung im Mittelpunkt.

Im Trend sind die Unternehmensgewinne in Deutschland gegenüber Arbeitseinkommen über viele Jahre gestiegen.

Dazu trug nicht nur die in den letzten Jahren recht moderate Tarifpolitik bei, auch die wachsende Zahl von Beschäftigten im Niedriglohnsektor hat die Umverteilung zugunsten der Gewinne vorangetrieben.

Die neoliberale Rechtfertigung behauptet, die durch sinkende Lohnkosten steigenden Gewinne würden zur Ausweitung der unternehmerischen Sachinvestitionen und damit zur Schaffung neuer Jobs führen. Davon kann keine Rede sein. Die Investitionen sind zurückgegangen.

Also stellt sich die Frage nach der Verwendung der Profite? Der überwiegende Teil der Unternehmensgewinne wandert auf die Finanzmärkte.

Auch Unternehmen in der Produktionswirtschaft ziehen es vor, mit ihren Mitteln an den Tischen des internationalen Spielkasinos Platz zu nehmen. Schließlich winken dort oftmals ganz ohne Produktion kurzfristig hohe Gewinne.

Mit dieser kurzfristig ausgerichteten Gier werden jedoch die mittelfristigen Krisenfolgen bei der Anlageentscheidung ausgeblendet.

Unternehmen an den Spieltischen des Kasinokapitalismus sollten wissen, das sie aktiv zur Aufblähung der Finanzmärkte beitragen.

Für die Folgen der irgendwann platzenden Spekulationsblase sind sie mitverantwortlich, denn die in die Finanzmärkte eingesetzten Gewinne tragen zur Instabilität und Krisenanfälligkeit des Gesamtsystems bei.

Die explosionsartige Ausdehnung der Anlagegeschäfte auf den Finanzmärkten ist schließlich eine Folge einer massiven Vermögenskonzentration. Während sich die Vermögen auf eine kleine Schicht konzentrieren, steigt der Anteil derer die gar nichts haben.

Und hier ist der Hebel anzusetzen.

Finanzmärkte müssen durch den Abbau der Vermögenskonzentration ausgetrocknet werden. Das wäre auch ein Beitrag zur Entmachtung der Finanzmärkte. Das geht einerseits durch eine Lohnpolitik, die das Einkommen spürbar verbessert, und andererseits natürlich durch das Erheben von Steuern, die dann z. B. den klammen Kommunen zu Gute kommen können.

Also zwei Fliegen mit einer Klappe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Entscheidungen treffen wir zwar nicht hier, aber wir sind die Betroffenen.

Und da komme ich noch einmal auf den Bundestagswahlkampf zu sprechen.

Es laufen die Verhandlungen für eine große Koalition,und was man bis jetzt hört, lässt – auch was die Kommunen angeht - für die nächsten Jahre nichts Gutes hoffen.

Die SPD ist ja so was von eingeknickt, wenn es um die Besteuerung von Reichen und Vermögenden geht. Gelder, die gerade den Kommunen als den Kernpunkt des gesellschaftlichen Lebens gut zu Gesicht gestanden hätten.

Vermögenssteuer, Transaktionssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Änderung der Erbschaftsteuer. Für das alles hätte und gibt es noch immer eine Mehrheit im Bundestag.

Und auch für eine ausreichende nachhaltige Finanzierung der Kommunen.

Eine kleine Hoffnung, die noch bleibt, sind die Mitglieder der SPD. Sie sollten in ihrer Urabstimmung über den Koalitionsvertrag den Herren Steinmeier und Gabriel das Ergebnis ihrer Verhandlungen um die Ohren hauen.

Dirk Paasch

Ratssitzung 11.11.2013